

Probleme kann China-Schindler, die inzwischen rund 3.200 Mitarbeiter hat, auf eine beachtliche Entwicklung zurückblicken. Diese Rolle als Erfolgs-Joint Venture, und damit als einer Art Werbeträger für Chinas industrielle Kooperation mit dem Westen, dürfte auch die politische Entscheidung mit beeinflusst haben, den ausländischen Partnern bei der laufenden Reorganisation nun freie Hand zu lassen. In einer erstmaligen Leistungsbewertung der in China tätigen Gemeinschaftsunternehmen, die von der führenden Wirtschaftszeitung *Jingji Ribao* vorgenommen und im April veröffentlicht wurde, kam CSE auf Platz sieben.

Wie del Farral hervorhob, gelang es dem Unternehmen, das Anfangskapital von 16 Mio.US\$ in etwas mehr als fünf Jahren zu amortisieren und durch Export sowie die zügige Nationalisierung der Produkte stets eine ausgeglichene Devisenbilanz zu erzielen, was bislang nur wenigen produzierenden Joint Ventures in China gelang. Bei Gesamteinnahmen aus der Produktion von 8,3 Mio.US\$ stammten im Vorjahr 2,6 Mio.US\$ aus dem Export in die Region. Laut Joint-Venture-Vertrag ist der Export auf 20% der Gesamtproduktion festgelegt. Beim Umsatz für das Gesamtunternehmen (inklusive der mehr als zehn Servicestellen) wird für das laufende Jahr eine Steigerung gegenüber 1987 um etwa 25% auf 200 Mio.Yuan erwartet.

CSE steht vor erheblichen Herausforderungen. Sie ergeben sich aus der Einschätzung des chinesischen Binnenmarktes, der bei den geplanten Einschränkungen der öffentlichen Bauinvestitionen zumindest mittelfristig kaum Expansion erwarten läßt, sowie aus der verschärfsten Konkurrenz, der sich China-Schindler inzwischen durch andere Joint Ventures wie Otis (USA) in Tianjin, Mitsubishi in Shanghai und Hitachi in Guangzhou gegenüber sieht. Außer der für nötig befundenen Reorganisation zielt die Firmenstrategie von CSE offensichtlich darauf ab, die Marktstellung von Schindler durch die Einführung technologisch anspruchsvollerer Produkte auszubauen. So wird gegenwärtig daran gearbeitet, in den chinesischen Anlagen auch die elektronischen Steuer-elemente für Hochleistungsaufzüge herzustellen und obendrein ab Ende des Jahres 1988 auch mit der Produktion von Rolltreppen zu beginnen. Bei den insgesamt rund

1.400 Aufzügen, die in Shanghai und Beijing jährlich gefertigt werden, handelt es sich nach diesen Angaben um reine Schindler-Produkte, die inzwischen zu über 90% aus lokalen Komponenten hergestellt werden. Die technologische Weiterentwicklung, so wird eingeräumt, stelle allerdings auch höhere Qualifikationsansprüche an die chinesischen Beschäftigten. Da die Neueinstellung von geeigneten Fachkräften bzw. auf der anderen Seite die Entlassung von weniger qualifizierten Mitarbeitern unter den chinesischen Bedingungen sehr schwierig sei, könne dieses Problem nur langfristig gelöst werden. (NZZ, 17.5.1988) -lou-

Binnenwirtschaft

* (33)

Investitionskosten zu hoch

Nach einem Bericht der *Gongren Ribao* können manche der neuerichteten Unternehmen keine Gewinne erzielen, und zwar aufgrund unangemessenen und ineffizienten Managements. Eine kürzlich von der Aufbaubank des chinesischen Volkes durchgeführte Untersuchung bei 235 der größeren Investbauprojekte des Landes, die zwischen 1984 und 1986 vollendet wurden, zeigt, daß die Produktionskapazität von nur 26% dieser Projekte die vorgesehene Produktionskapazität erreichten.

46% dieser Unternehmen schrieben in den letzten drei Jahren rote Zahlen (305,77 Mio.Yuan), weitere Unternehmen schienen sich auf diesem Weg zu befinden.

Nach den Ergebnissen der Untersuchung erreichte die Produktionskapazität von 32 Projekten nicht das vorgesehene Ziel; der Grund dafür wird in nicht vollständigen Durchführbarkeitsstudien gesehen. Unter diesen Projekten befindet sich ein Energieunternehmen in der Provinz Shanxi, deren sechs Generatoren täglich zwischen 130-140 Mio.l Wasser benötigen. Das örtliche Wasserwerk kann jedoch nur 60 Mio.l Wasser pro Tag für dieses Unternehmen zur Verfügung stellen. Der Wassermangel hatte dieses Unternehmen gezwungen, die Technologie zu verändern und zwei wassergekühlte Motoren in windgekühlte umzuwandeln, was wiederum eine Menge von zusätzli-

chen Investitionsmitteln erforderte.

Um die staatliche Genehmigung und staatliche Mittel zu erhalten, geben einige Projektorganisationen die Kosten als zu niedrig an und nehmen benötigte Zusatzeinrichtungen nicht in ihre Rechnungen auf. Zusätzliche Investitionsmittel werden häufig erst dann angefordert, wenn der Staat die Genehmigung für ein Projekt gegeben hat.

Nach unvollständigen Statistiken beliefen sich die Investitionskosten von 37 Projekten tatsächlich auf 643 Mio.Yuan, die Kostenvorschläge dieser Projekte beliefen sich jedoch nur auf 313 Mio.Yuan. Ein weiterer Grund für diese Diskrepanz besteht darin, daß in einigen Fällen die Hilfseinrichtungen nicht zur gleichen Zeit gebaut wurden wie das Hauptprojekt.

Ein Beispiel dafür ist eine Fabrik für fluoreszierendes Licht in Nordchina. Die jährliche Produktionskapazität für dieses Projekt war auf 4 Mio. Glühbirnen ausgelegt, als die Fabrik 1983 die Produktion aufnahm. Da die Glasbläserei dieses Unternehmens erst 1986 fertiggestellt wurde, konnte das Unternehmen nur 340.000 Glühbirnen im ersten Jahr produzieren. Die in diesem Jahr entstandenen Verluste beliefen sich auf 1,37 Mio.Yuan.

In dem Bericht heißt es weiter, daß viele der im Bau befindlichen Projekte die begrenzten Mittel aufgeteilt haben, während andere die Bauzeit verlängert haben, was mit steigenden Kosten verbunden ist und eventuell mit einem fehlenden Markt, nachdem die Produktion aufgenommen worden sei. (*Gongren Ribao*, 16.5.1988) -lou-

* (34)

Preise steigen weiter

Am 15.5.1988 stiegen die Preise für Schweinefleisch, Eier, Gemüse und Zucker in staatlichen Läden in Beijing zwischen 30 und 60%. Wie ein Sprecher der Beijinger Stadtregierung mitteilte, sind die Erhöhungen als Teil der nationalen Anstrengung zu sehen, die landwirtschaftlichen Preise rationaler zu gestalten.

Gleichzeitig gewährte die Regierung jeder Person bis zu 10 Yuan pro Monat Subventionen. Um drastische Fluktuationen bei der Versorgung zu vermeiden, werden die Rationen der vier Zusatznahrungs-

mittel für den Monat Mai bis zum 10. Juni 1988 zu unveränderten Preisen verkauft. Die Preiserhöhungen sollen 6,53 Yuan pro Person und Monat betragen, während der durchschnittliche Lohnempfänger 9,8 Yuan mehr im Monat zu zahlen hat, um insgesamt 1,5 Personen zu unterhalten. Die Subvention wird 10 Yuan pro Monat für Arbeiter und pensionierte Arbeiter betragen, 8 Yuan für College-Studenten, 7 Yuan für Schüler von technischen Oberschulen. Diese Maßnahmen sollen die landwirtschaftliche Produktion anregen und die Menschen ermutigen, ihren Speisezettel zu verändern.

Auf den Fernseh-Bildschirmen von Beijing erschienen am 13.5.1988 die Telefonnummern des Bürgermeisters von Beijing. Dies war Teil einer Kampagne der Regierung von Beijing, nicht genehmigte Preiserhöhungen auf dem Markt zu bekämpfen. Die Kampagne in der ganzen Stadt begann damit, die Preise in den Geschäften und Märkten zu überprüfen, um Betrug und zu hohe Preissetzungen zu vermeiden, als die Preise für Fleisch, Eier, Gemüse und Zucker am 15. Mai 1988 heraufgesetzt wurden. Freiwillige Inspektoren und Inspektionsgruppen von Fabrikarbeitern kontrollierten die Preise in ihrer Nachbarschaft. Die örtlichen Volksorganisationen wurden gebeten, den Überwachungsabteilungen dabei zu helfen, den Markt zu regulieren, um drastische Fluktuationen zu verhindern. Wie ein Sprecher der Stadtregierung mitteilte, habe es einige wenige Fälle von Panikkäufen gegeben, die meisten Menschen jedoch schienen die Notwendigkeit von Preiserhöhungen zu verstehen.

Der Bürgermeister von Beijing erklärte in einem Bericht an die Einwohner, daß, da China nur 400 kg Getreide pro Person wegen der Landknappheit produzieren könne, die Preiserhöhungen auch darauf zielten, die Menschen zu ermutigen, ihren Speisezettel zu verändern. Es sollen weniger Fleisch und weniger Eier gegessen werden, für deren Produktion eine Menge Getreide benötigt wird.

Der Bürgermeister fügte hinzu, daß sich das Leben des Volkes in den letzten Jahren verbessert habe, die privaten Spareinlagen in der Stadt beliefen sich nun auf 10,5 Mrd. Yuan.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1988 stiegen die Einzelhandelspreise in Beijing um 10,1%. Die Preise für Gemüse stiegen am schnellsten, nämlich 27,9% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Nach Aussagen eines Funktionärs der Beijinger Stadtregierung sei die Entscheidung, die Einzelhandelspreise der wichtigsten Zusatznahrungsmittel anzupassen und Subventionen für die Konsumenten zu zahlen, vom Staatsrat am 5. April 1988 getroffen worden. Die Beijinger Stadtregierung sei der Meinung, daß diese Entscheidung zeitig und angemessen sei. Wegen der Knappheit von Grundnahrungsmitteln in Beijing und anderen Städten sei die Rationierung von Nahrungsmitteln wieder eingeführt worden. Widersprüche zwischen Angebot und Nachfrage hätten sich verschärft, und zwar primär wegen des irrationalen Preissystems, das den Produktionsenthusiasmus gedämpft und den Konsum angeregt hätte. Um mit dieser Situation fertigzuwerden, seien zwei alternative Möglichkeiten diskutiert worden. Eine sei die Wiedereinführung des alten Systems, nämlich die zentralisierte Versorgung und Verteilung. Doch dies wurde schließlich als Sackgasse angesehen, und zwar wegen der schnellen Entwicklung der Warenproduktion in China. Unter solchen Umständen gab es nur eine andere Alternative: dem Wertgesetz zu folgen und entschlossen das Preissystem zu strukturieren.

Laut Aussagen des Funktionärs sei dieser Plan viele Male revidiert worden, um ihn perfekter und gerechter gestalten zu können. Es scheint jedoch, daß er immer noch fehlerhaft ist. Da zum Beispiel nicht jeder die gleiche Anzahl von Menschen zu versorgen hat, ist die Summe der Subventionen, die jede Person erhält, unterschiedlich. Nach den Preisangleichungen werden einige Familien mit niedrigem Einkommen sogar noch größere Probleme haben. Familien mit sehr großen Auslagen werden mehr Geld auszugeben haben. Was die finanziell hart betroffenen Unternehmen und Institute angeht, so werden sie Probleme mit den Geldmitteln für die Subventionen haben. Da jedoch kein Plan hundertprozentig perfekt sein könne, sei dies ein Plan, der mehr Vorteile als Nachteile hätte.

Um die erfolgreiche Durchführung des Planes sicherzustellen, habe

Beijing ausreichend Vorbereitungen getroffen, um die Versorgung mit Zusatznahrungsmitteln zu sichern, die mit den neuen Preisen verkauft werden sollen. Die Stadt habe nun substantielle Vorräte von Schweinefleisch, Rindfleisch, Hammelfleisch, Eiern, Gemüse und sogar Zucker sowohl für den Bereich der rationierten Preise als auch für die Märkte. Beijing habe auch Maßnahmen ergriffen, um die Produktion anzuregen und die Vorräte von 24 Arten von Gütern des täglichen Bedarfs aufzustocken, darunter Reis, Mehl, Speiseöl, Streichhölzer, Seife, T-Shirts, Jacken, Schreibhefte für Studenten, Glühbirnen, Sojasoße, Essig und Salz.

Aus unvollständigen Statistiken geht hervor, daß der Staat jedes Jahr Dutzende von Milliarden Yuan für die Subventionen von Zusatznahrungsmitteln zu zahlen hat. Nehmen wir z.B. die durchschnittlichen Produktionskosten für ein jin (500 g) Schweinefleisch, die zur Zeit 3,6 Yuan betragen. Ein jin Schweinefleisch würde zu den staatlich festgesetzten Preisen von 2,8 Yuan verkauft, so daß fast ein Yuan an Subventionen pro jin benötigt würde. Auch in Shanghai wurden die Preise für einige Zusatznahrungsmittel erhöht, gleichfalls wurden die Subventionen angehoben. Der offizielle Preis für Schweinefleisch stieg um 60%, während Eier nur 30% teurer wurden. Die Stadtregierung von Shanghai werde jeden Tag eine zusätzliche Menge von 200 t Schweinefleisch sowie 100.000 kg Eier in den Markt geben, um Panikkäufe zu verhindern.

Der Bürgermeister von Shanghai, Jiang Zemin, erklärte, daß in der Vergangenheit 80% der Energie-, Roh- und Halbfertigmateriale, die in Shanghai benötigt worden seien, im staatlichen Verteilungsplan enthalten gewesen und zu niedrigen staatlichen Preisen verkauft worden seien. Nun seien nur noch 20% in dem staatlichen Verteilungsplan enthalten, während die meiste Energie und andere Materialien über den Markt bezogen werden könnten. Während der letzten beiden Jahre seien die ausgehandelten Preise für Roh- und Halbfertigmateriale ständig gestiegen. Wegen dieser gestiegenen Preise hätten jedes Jahr 2 Mrd. Yuan mehr gezahlt werden müssen. (XNA, 12.5., 13.5.1988, zit. nach SWB, 17.5.1988; Xinhua, 13.5.1988, zit. nach SWB, 17.5.1988; XNA, 5.5.1988, zit. nach SWB, 11.5.1988) -lou-

***(35)
Lohnreform und Arbeitsplatzver-
gabe**

Nach Ansicht des stellvertretenden Finanzministers Xiang Huaicheng habe die Volksrepublik beträchtliche Erfolge bei der experimentellen Reform des Lohnsystems erzielt. Das Ziel der Reform dieses Jahres bestehe darin, die Löhne mit den wirtschaftlichen Erfolgen zu verbinden. Dies sei nötig, um das vertraglich vereinbarte System der Verantwortlichkeit weiter zu stärken und zu verbessern.

Die Verbindung von Löhnen mit den wirtschaftlichen Erfolgen begann 1985 auf Versuchsbasis. Gegen Ende des Jahres 1987 waren 3.147 Unternehmen mit insgesamt 10,59 Mio. Beschäftigten oder 25% der großen und mittelgroßen staatlichen Unternehmen oder 28,7% der dort insgesamt Beschäftigten ausgesucht worden, um verschiedene Formen dieser Verbindung auszuprobieren.

Laut Statistiken ergibt sich, daß im Jahre 1986 die 1.264 großen und mittelgroßen staatlichen Unternehmen, die vom Staat die Genehmigung erhalten hatten, Löhne mit Gewinnen und Steuerablieferungen zu verbinden, insgesamt 14,56 Mrd. Gewinne und Steuern abgeliefert, das waren 24% mehr als im vorangegangenen Jahr und ein Zuwachs von 28% hinsichtlich der pro Kopf abgelieferten Steuern und Gewinne.

In einem Artikel in der Zeitschrift *Wirtschaftsinformation* wurde vorgeschlagen, daß die steuerfreien Boni beseitigt werden und mehr Steuern für jene Betriebe eingeführt werden müßten, die mehr Boni als die vom Staat erlaubten vergeben. Die Zeitung wies darauf hin, daß der Umfang der in den letzten Jahren gezahlten Boni schneller gestiegen sei als die Produktion. Es wurde darauf hingewiesen, daß die im Jahre 1987 im ganzen Lande bezahlten Boni um 40% gegenüber dem vorangegangenen Jahr angestiegen seien. In einigen Provinzen sei der Anstieg sogar mehr als 50% gewesen.

Die Produktivität sei hingegen nur 7,6% und der Bruttoproduktionswert im vergangenen Jahr nur 14% gestiegen. In 20 Unternehmen in Dalian sowie in Fushun (Provinz Liaoning) seien die Gewinne in der ersten Hälfte des Jahres 1987 um 14,2% gesunken, die Boni wären jedoch um 54,8% gestiegen. Ein

Unternehmen in Jinzhou (Provinz Liaoning) hatte einen Verlust in Höhe von 395.000 Yuan. Dennoch nahm es 12.000 Yuan von der Bank auf, um Boni vergeben zu können. Um damit Schluß zu machen, sollen nach Vorschlägen von *Wirtschaftsinformation* die Höhe der Boni in Übereinstimmung mit den Gewinnen festgesetzt werden. Je mehr Gewinne erzielt werden, desto höher sollen die Boni sein. Auch der Staat soll die Boni auf der Basis jener Mittel festsetzen, die ein Unternehmen jedes Jahr einbringt. Die Boni sollten Gegenstand der jährlichen Finanzinspektionen der Regierung sein.

In einigen Gebieten der Volksrepublik gebe es immer noch offizielle Günstlingswirtschaft bei der Vergabe von Arbeitsplätzen. Dies widerspreche der staatlichen Politik, so eine kürzliche Ausgabe einer Zeitschrift, die sich mit Arbeit und Personal befaßt. Diese Zeitschrift enthüllte, daß im Jahre 1987 die Stadtregierung von Liling (Provinz Hunan) es 452 in nahegelegenen ländlichen Gebieten wohnenden Menschen erlaubt habe, Arbeitsplätze ihrer pensionierten oder toten Eltern zu übernehmen, die Kader oder Lehrer in der Stadt gewesen seien. Keiner dieser Menschen habe jedoch irgend eine Ausbildung gehabt oder Examen abgelegt; viele waren für ihre Arbeitsplätze nicht qualifiziert, da sie eine sehr geringe Ausbildung hatten. Die Entscheidung der Stadtregierung hatte einen kleinen Aufruhr erzeugt, und viele der Einwohner hatten die städtischen Funktionäre gebeten, auch ihre Kinder zum Zuge kommen zu lassen. Viele pensionierte Arbeiter hatten auch gefragt, warum die Kinder von Parteimitgliedern und Lehrern in der Stadt ihre Arbeitsplätze übernehmen konnten, während ihre eigenen Kinder dies nicht könnten. (Xinhua, 19.4.1988, zit. nach SWB, 4.5.1988; XNA, 20. und 24.5.1988) -lou-

***(36)
Erdöl: Abnehmende Erträge in
Daqing, größerer Fund im Südchi-
nesischen Meer**

Chinas größtes Erdölfeld, das viele Jahre lang als Modell für die Industriereform benutzt wurde, wird wahrscheinlich in diesem Jahr zum ersten Mal Verluste machen. Die Zeitung *China Daily* zitierte einen nicht genannten Funktionär aus Daqing, der das erwartete Defizit

auf ca. 130 Mio. Yuan bezifferte. Das in der Provinz Heilongjiang gelegene Daqing produziert etwa die Hälfte des chinesischen Erdöls. Steigende Produktionskosten und ein niedriger staatlicher Ankaufspreis für Rohöl haben das Erdölfeld jedoch nun in Schwierigkeiten gebracht.

Das 27 Jahre alte Ölfeld beschäftigt mehr als 200.000 Arbeiter. Die Produktionskosten für ca. 7 Barrel Erdöl (ca. 1.100 l) betragen 55 Yuan, das ist dreimal soviel wie noch vor etwa zehn Jahren. Quellen, aus denen das Erdöl sonst von selbst sprudelte, werden jetzt mit Hilfe von Motorpumpen ausgebeutet, was die Produktionskosten verdreifacht. Die Produktion war Jahr für Jahr zurückgegangen, was es nötig machte, immer mehr Bohrungen niederzulassen, um das Produktionsniveau beizubehalten. Auf diese Weise entstanden zusätzliche Kosten.

Seit 1983 hat Daqing 1,09 Mrd. US\$ als Kredit von der Weltbank und von der Export-Import Bank of Japan erhalten, um neue Ölgebiete in dieser Gegend zu entwickeln.

Als Antwort auf die steigenden Produktionskosten entschloß sich der Staat, den Ankaufspreis in diesem Jahr für 7 Barrel auf 100 Yuan bis 110 Yuan zu erhöhen. Der Verkaufspreis für die entsprechende Menge auf dem Weltmarkt würde etwa 500 Yuan entsprechen.

Das staatliche italienische Unternehmen AGIP teilte am 9.5. den Fund eines sehr großen Erdölvorkommens im Südchinesischen Meer mit. Das Offshore-Ölvorkommen, 270 km südlich von Guangzhou, soll eine geschätzte Förderkapazität von täglich 26.000 Barrel haben. Nach Aussagen des AGIP-Präsidenten handelt es sich um ein außergewöhnliches Lager, wie es sie auch in an Kohlenwasserstoffen reichen Gebieten wie in Saudi Arabien gibt. Der Fund liegt in 2.000-2.400 m Tiefe.

AGIP sucht seit 1983 im Südchinesischen Meer nach Öl. Die Prospektionen werden im Rahmen eines gemeinsamen Unternehmens mit Texaco und Chevron unter dem Namen ACT durchgeführt. ACT hält 49% der Explorationsrechte, während die China National Oil Corp. die restlichen 51% besitzt.

In dem neuen Feld soll die Produktion zu Beginn des nächsten Jahrzehnts aufgenommen werden,

und zwar kurz nachdem ein anderer Fund, 25 km nördlich von dem gegenwärtigen Fund, die Produktion aufnehmen wird. (AWSJ, 10.5. und 23.5.1988; AFP, 9.5.1988) -lou-

*(37)

Materialversorgung soll reformiert werden

Nach einem Bericht der *Jingji Ribao* teilte der Minister für Materialien und Ausrüstungen, Liu Suinian, mit, daß das Land die Kontrolle über wichtige Materialien und Ausrüstungen festigen und die Märkte für Produktionsmaterialien entwickeln will. Nach Angaben von Liu wird das neue Ministerium nach und nach die Versorgungs- und Marketingfunktionen der verschiedenen Abteilungen des Staatsrates übernehmen. Liu nannte dies eine wesentliche Reform, die die Anpassung der Makro-Materialien festigen und die Kontrolle und Belebung der Unternehmen stärken wird.

Abteilungen des Staatsrates kontrollieren 496 verschiedene Arten von Gütern. Nach dem neuen Plan wird die Anzahl der Güter, die vom Befehlsplan erfaßt werden, von 316 auf 93 herabgesetzt. Die Anzahl jener Güter, deren Produktion und Nachfrage jedoch vom Staat verwaltet werden, wird von 180 auf 209 erhöht. 93 andere Güter werden vom Staat mittels Verträgen aufgekauft. Die verbleibenden 149 Güterarten sollen dem Markt überantwortet werden.

Es sollen Maßnahmen ergriffen werden, um für jene Güter, die der geplanten Verteilung unterliegen, wie z.B. Walzstahl, Zement und Bauholz, den Übergang vom alten zum neuen Preissystem zu erleichtern. Für jene Materialien und Ausrüstungen, bei denen Mangel besteht, wird ein besonderer Fonds errichtet. Der Plan sieht auch die Schaffung eines großen, landesweiten Informationszentrums vor, das Wareterminkontrakte und Treuhanddienstleistungen anbieten soll. (Jingji Ribao, 24.5.1988) -lou-

*(38)

Abnehmende Fruchtbarkeit des Farmlandes

Nach Aussagen chinesischer Landwirtschaftsexperten hat man es in den ländlichen Gebieten Chinas mit dem Problem einer immer größeren

Bodensterilität zu tun, die durch einen Mangel von Gründünger verursacht wird. Die von der nationalen Boden- und Kunstdüngerverammlung bekanntgegebenen Statistiken zeigen, daß das Anbaugelände für Gründünger gegenwärtig nicht mehr als 6,6 Mio.ha beträgt, das ist etwa die Hälfte der Fläche, die es noch in den 1970er Jahren gab. In Südchina werden Gründünger auf 4,3 Mio.ha angebaut, noch in den 1970er Jahren wurden 8,6 Mio.ha Gründünger angebaut.

Chinesische Landwirtschaftsexperten nehmen an, daß die Sterilität des Bodens einer der wichtigsten Gründe für die fluktuierende Getreideproduktion in den letzten Jahren sei. Eine in der Provinz Hunan auf 525 Farmfeldern in 27 Kreisen durchgeführte Untersuchung zeigt, daß die Felder, die durch einen drastischen Rückgang der Bodenfruchtbarkeit betroffen sind, 68,6% der gesamten Felder ausmachen. Von den zuständigen Abteilungen gemachte Entscheidungsfehler sowie das Fehlen von Regeln über die Bodenfruchtbarkeit sind die Hauptgründe für die Bodensterilität und das abnehmende Wachstum von Gründüngerkulturen. Einige lokale Funktionäre schenken den Gründüngerkulturen keine Aufmerksamkeit und verliehen sich nur auf Kunstdünger, um die Getreideproduktion anzuheben. Viele Präferenzen, die auf die Förderung des Anbaus von Gründünger zielten, seien verschwunden. Um das Problem der Bodensterilität zu beheben, seien Vorzugsmaßnahmen vonnöten, um den Anbau von Gründünger zu ermutigen. Ferner sollten Regelungen erlassen werden, um die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Es sollte die Möglichkeit gegeben werden, die Bauern je nach Fruchtbarkeit des vertraglich übernommenen Landes zu belohnen oder zu bestrafen. (XNA, 9.5.1988) -lou-

Taiwan

*(39)

Umbesetzungen beim Militär

Am 24.Mai 1988 ist der persönliche Stabschef des Präsidenten, General Wang Jingxi, in den Ruhestand getreten. Dies löste eine Kette von personellen Veränderungen im Mi-

litär aus. General Guo Rulin wurde zum Nachfolger Wangs ernannt. Die von Guo freigemachten Posten des stellvertretenden Generalstabschefs und des Geschäftsführers des Generalstabs wurden von General Jiang Zhongling übernommen. Jiang war bisher Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte gewesen. Ebenfalls zum stellvertretenden Generalstabschef ernannt wurde Admiral Xia Dian, bisher Direktor der Abteilung für gemeinsames Kampftraining des Generalstabs des Verteidigungsministeriums.

Weitere Neubesetzungen sind: Neuer Direktor der Abteilung für gemeinsames Kampftraining des Generalstabs des Verteidigungsministeriums, Admiral Liu Heqian (bisher Oberbefehlshaber der Marine); neuer Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, Huang Xingqiang (bisher Kommandeur von Jinmen); neuer Oberbefehlshaber der Marine und Leiter des militärischen Forschungsinstituts für Wissenschaft und Technologie (Zhongshan Kexueyuan), Ye Changtong (bisher stellvertretender Generalstabschef und Leiter desselben Instituts).

Dies sind die ersten wichtigen Personalveränderungen seit dem Amtsantritt Li Denghais als neuer Staatspräsident am 13. Januar 1988 (ZYRB u. CP, 25.5.88). - ni -

*(40)

Beendigung der US-Zollpräferenzen für die vier "kleinen Drachen"

Am 14.Mai d.J. teilte Washington Taiwan offiziell die Beendigung der US-Zollpräferenzen für die sogenannten vier "kleinen Drachen" Asiens (Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur) ab 1.Januar 1989 mit. Seit der Einführung des GSP (Generalized System of Preferences) 1976, durch das die US-Regierung die Einfuhr bestimmter Produkte aus den Entwicklungsländern begünstigen, hat Taiwan am meisten davon profitiert. Nach Angaben der taiwanesischen Außenhandelsbehörde hat die Insel 1986 unter dem GSP Handelsgüter im Wert von 3,7 Mrd.US\$ zollfrei in die USA ausgeführt, was 27% des Gesamtwertes aller im Rahmen des GSP begünstigten Güter entsprach.

Gemäß einem Bericht der US-Regierung stand Taiwan 1987 mit einem Gesamtwert von über 4,1 Mrd.US\$ der vom Zoll befreiten Handelswaren an der Spitze aller 140 durch das GSP begünstigten